

Ressort: Politik

NSU-Untersuchungsausschuss: Weitreichende Forderungen im Abschlussbericht

Berlin, 25.07.2013, 10:52 Uhr

GDN - In ihrem Abschlussbericht zum NSU-Untersuchungsausschuss erheben die Abgeordneten nach Informationen der "Zeit" aus Parlamentskreisen mehrere weitreichende Forderungen. So soll künftig die Polizei verpflichtet werden, bei entsprechenden Tatumständen grundsätzlich ein rassistisches Motiv in die Ermittlungen einzubeziehen.

Das war im Fall der NSU nicht geschehen, wo fast ausschließlich auf organisiertes Verbrechen im Umfeld der Opfer ermittelt worden war und ein rechtsextremer Hintergrund nicht in Betracht gezogen wurde. Die interkulturelle Kompetenz der Polizei soll verbessert werden, auch in der Arbeit mit Angehörigen und Hinterbliebenen. Der Generalbundesanwalt soll künftig bei Kapitalverbrechen aus rassistischen Motiven früher eingreifen können, weil diese Verbrechen als Angriff auf den Staat gewertet werden - was ein Novum in der Geschichte des modernen Staatsverständnisses wäre. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) soll in seiner Zentralstellenfunktion gegenüber den Landesämtern gestärkt werden. Diese Funktion soll aber auch - um nicht den Protest der Länder herauszufordern - von einem Landesamt übernommen werden können.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-18357/nsu-untersuchungsausschuss-weitreichende-forderungen-im-abschlussbericht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619